

# Dresdner Volkszeitung

Hauptschriftleitung: Dresden  
Nr. 1268, Raben & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Hauptredaktion: Dresdner Volkszeitung  
Dresden, Hauptstr. 10, 1. Stockwerk

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Das Blatt von Streifen freigegeben ist, ist es auch über den Inhalt hinaus kostenlos, hat der Besitzer der Zeitung keinen Anspruch auf Rückgabe des Exemplars oder auf Nachlieferung der Zeitung

Abonnementpreise mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: 1.00 M. monatlich, 3.00 M. vierteljährlich, 10.00 M. halbjährlich, 18.00 M. jährlich. Einmalige Beilagen: 0.20 M. monatlich, 0.50 M. vierteljährlich, 1.00 M. halbjährlich, 1.80 M. jährlich. Ausland: 1.50 M. monatlich, 4.50 M. vierteljährlich, 9.00 M. halbjährlich, 16.00 M. jährlich. Einzelhefte: 0.10 M.

Druckerei: Dresdner Volkszeitung  
Hauptstr. 10, 1. Stockwerk  
Telefon: 2201

Verkaufspreis: 10 Pf. pro Stück  
Abonnementpreise: 1.00 M. monatlich, 3.00 M. vierteljährlich, 10.00 M. halbjährlich, 18.00 M. jährlich. Einzelhefte: 0.10 M.

Nr. 220

Dresden, Montag, den 19. September 1932

43. Jahrgang

## Das rüstungspolitische Abenteuer

Scharf abweisende Antwort Englands

### Deutsches Verhängnis

Gemeingefährliche Regiererei

Von Tag zu Tag zeigt sich deutlicher, daß die Regierung in der deutschen Politik wie ein Schachfigurant im Porzellanladen herumwütet. Sie wird auf Abenteuer gedrängt, und man kann im Namen des deutschen Volkes nur wünschen, daß die Regierung die Verantwortung nicht mit einer schweren Katastrophe für das deutsche Volk endet, bei der die Fische für die Schuld der regierenden Parteien und Regierungen bezahlen müssen. Ein leichtfertiges Abenteuer in der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Regierung, die einen Teil der Steuererträge der nächsten Jahre verschleudert, ohne daß sie weiß, wie die finanzielle Lage des Landes in den nächsten Jahren sein wird, infolge der Unfähigkeit der Regierung, die Gefahr, daß die deutsche Wirtschaft völlig ruiniert wird, und infolgedessen im höchsten Grad die Wehrpolitik der Regierung.

Schon jetzt zeigt sich, wie verhängnisvoll der wehrpolitische Vorstoß Deutschlands ist. Wie bereits in der vorigen Ausgabe gemeldet wurde, richtete die deutsche Regierung an die Vorkonferenz der Abrüstungskonferenz, London, einen Abgabebrief, in dem erklärt wird, daß sich die deutsche Regierung an den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz nicht beteiligen werde, solange nicht die Gleichberechtigung Deutschlands in der Abrüstungskonferenz sichergestellt sei. Damit hat die deutsche Regierung den Weg einer sogenannten „Verzichtspolitik“ eingeschlagen, die in der Geschichte für die Völker verhängnisvoll ist. Daß auch die Gleichberechtigung Deutschlands, die allerdings nicht durch eine Annullierung Deutschlands erreicht werden darf, hat die Sozialdemokratische Partei betont, und diesen Standpunkt brachte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in ihrem letzten Entschluß über die Wehrfrage deutlich genug zum Ausdruck. Im Hinblick auf die Gleichberechtigung Deutschlands können wir wohl nicht viel eher näher kommen, wenn Deutschland auf der Abrüstungskonferenz mitarbeitet. Aber den regierenden Parteien willtars liegt wahrscheinlich verdammt wenig daran, daß wirklich eine internationale Abrüstung zustande kommt. Sie wollen nicht abrüsten, sondern aufhören, denn was sollte aus ihnen und ihrer Macht werden, wenn der Rüstungswahnsinn in der Welt einmal abgeklungen ist.

Die Bapen-Regierung hat mit ihrem Vorstoß auch schon Erfolge erzielt, mit denen sie sich sehr zufrieden sein kann. Nicht nur, daß ihr Vorgehen in Frankreich die größte Erregung hervorrief; die englische Regierung ließ gestern in Berlin ein Antwortschreiben, das die schärfste Verurteilung des Verhaltens der deutschen Regierung enthält, überreichen. Es ist schlimm genug, daß es erst von einer ausländischen Regierung der deutschen Regierung gesagt werden muß, wie unflug gerade in der gegenwärtigen Zeit der deutsche Vorstoß ist, jetzt, wo es vor allem darauf ankommt, daß die deutsche Regierung mit den Regierungen der anderen Länder zusammen arbeitet, um die Bahn zu einer wirtschaftlichen Erholung der Welt frei zu machen. Gleichzeitig droht Verbot in einem Ausschuss des französischen Parlaments ein verstärktes Vorgehen gegen Deutschland an. Verbot soll geneigt sein, im Völkerverbund eine Untersuchung über die angebliche deutsche Geheimrüstung zu beantragen, über die ihm, wie er behauptet, reichlich Material zur Verfügung steht.

Der Vorstoß der deutschen Regierung ist also nur zu begreifen, eine Einheitsfront der übrigen Staaten gegen Deutschland zustande zu bringen. Auf diese Weise wird sicher die Gleichberechtigung Deutschlands nicht erreicht. Es besteht im Gegenteil die Gefahr, daß sich die Angst vor dem militaristischen Geist, der sich in Deutschland unter der Regierung dieser Bapen und Schleicher so allseitig offenbart, als ein schweres Hemmnis für alle Abrüstungsbestrebungen erweist. Aber was sollte aus dem Verzichtsbetrieb anderer Militaristen und Nationalisten werden, wenn die Welt wirklich abgerüstet? Dann sollte ihnen die wichtigste Lektion, daß sie jetzt bei ihrem Geschäftsbetrieb so gut gebrauchen können, der Hinweis auf die angebliche Zurücksetzung des armen Deutschlands, (Weiß das auch politische Abenteuer der Bapen-Regierung so aus, wie es aussieht, muß dann wird man sich, wie einst in den glorreichen Zeiten Wilhelms II., über die Einreisepolitik der anderen beklagen.

Abenteuer in der Innen-, Abenteuer in der Außenpolitik. Das ist Bapensche Regierungspolitik. Hoffentlich tut das deutsche Volk am 6. November das Seine, um diesem gemeingefährlichen Gerummel im politischen Porzellanladen ein Ende zu bereiten.

### Die englische Note

Die englische Regierung hat durch ihren Botschafter in Berlin der deutschen Regierung eine Note überreicht, die sich mit dem deutschen Schritt zur Abrüstungsgleichberechtigung befaßt. Dieser Schritt der Reichsregierung wird in diesem Moment schwerer Wirtschaftskrise als unangelegentlich und unflug bezeichnet und die beschriebene Forderung der Abrüstungskonferenz als unannehmbar bezeichnet. Die Note lautet:

Die britische Regierung sieht sich genötigt, ihr Bedauern darüber zu äußern, daß eine politische Entscheidung von solchem Ausmaß in diesem Augenblick aufsteht, wo es doch so nötig ist, die Aufmerksamkeit und Tatkraft nicht von den gegenwärtigen, sondern von den erforderlichen Bemühungen um den Wiederaufbau der Wirtschaft und des Handels abzuwenden. Es ist sehr nachzudenken, daß diese Angelegenheit im jetzigen Stadium absolut in den Interessen des Landes liegt. Deutschland hat an einer allparteilichen Kommission gestellt, die die wirtschaftliche Lage des Landes und die Möglichkeiten der Abrüstungskonferenz zu untersuchen und zu berichten hat. Diese Kommission hat an einer allparteilichen Kommission gestellt, die die wirtschaftliche Lage des Landes und die Möglichkeiten der Abrüstungskonferenz zu untersuchen und zu berichten hat.

Für diesen Augenblick eine scharfe Kontrolle auf politischer Seite zu verlangen, muß angesichts der wirtschaftlichen Lage Deutschlands als unflug und im Hinblick auf die Deutschland von seinen Gläubigern erst kürzlich gemachten Zu-

verständnisse als besonders unzeitgemäß erscheinen. Die britische Regierung hofft zuversichtlich, daß jetzt nichts mehr gebadet werden muß, was den Fortschritt des wirtschaftlichen Wiederaufbaus verzögern würde, der so dringend nötig ist und den mit allen Kräften zu fördern die Aufgabe der beschriebenen Weltwirtschaftskonferenz sein wird.

Die britische Regierung kann nicht einer Nichtachtung vertraglicher Verpflichtungen Unterwerfung gewähren, die moralischen Bestand haben. Sie möchte sich der Auffassung annehmen, daß die Idee, Deutschland könne aus irgendeinem künftigen Abrüstungsabkommen, oder der Tatsache, daß überhaupt kein Abkommen zustande kommt, einen Rechtsanspruch auf Annullierung des Teiles V des Vertrages von Versailles ableiten, sich nicht als rechtlich zulässige Auslegung verstehen läßt.

Die wahre Lage auf Grund des Vertrages von Versailles ist die, daß der Teil V noch bindend ist und seine bindende Kraft nur durch Vereinbarung verlieren kann.

Die britische Regierung drückt die Hoffnung, daß in Gestalt noch eine Abrüstung in wirklich bedeutendem Ausmaß erreicht werden möge. Aber dieses wünschenswerte Ziel läßt sich nicht durch beschriebene Herausforderung und auch nicht dadurch erreichen, daß man sich von Beratungen zurückzieht, die gerade wieder aufgenommen werden sollen. Es läßt sich nur erreichen durch geordnete Fortsetzung im Wege einer Konferenz zwischen den beteiligten Staaten.

### Durch Sozialismus zur Freiheit!

Von W. Sellmann, M. d. R.

Die Triebkraft des Kapitalismus ist das Gewinnstreben des Unternehmers und des Spekulanten. Nur wer in sich den Wirtschaftsegoismus hoch entwickelt, gilt als wirtschaftlich tüchtig. Nur er hat Aussicht auf wirtschaftlichen Erfolg. Idealisten sind wirtschaftlich wenig brauchbar. Eitliche Werte hören auf, wo die Spekulation und die Spekulation beginnt. Um so konsequenter wirkt es auf den Wissenden, daß die wirtschaftlichen und politischen Führer des Kapitalismus so viel predigen gegen den Materialismus der — marxistischen Arbeiter.

Die Lobredner des Kapitalismus preisen die technischen Fortschritte und die Reichtümer an Waren, die er der Welt geschenkt hat. Es ist richtig, daß in unserer Wirtschaftsepoche vorher die Produktivkräfte so hoch entwickelt waren und so viel Güter herstellen konnten, wie in den Zeiten des Sozialkapitalismus. Es soll auch nicht bestritten werden, daß viele Millionen Menschen im Zeitalter des Kapitalismus besser wohnen, reichlicher und abwechslungsreicher sich kleiden, saubere sich kleiden als im Mittelalter und im Altertum. Hat aber der Kapitalismus die Menschheit wirklich kulturell aufwärts geführt? Hat er seine hoch entwickelte Technik benutzt, um die Welt vernünftiger, gesitteter, glücklicher zu machen? Das Gegenteil ist wahr.

Am Anfang des Kapitalismus stand die schrankenlose Ausbeutung der Armen und Unmündigen, selbst der vorpflichtigen Kinder, Waisen- und Wunderrinder und der Beginn des industriellen Kapitalismus. Die Arbeiterklasse hat in jahrzehntelangen Kämpfen ihren beherrschenden Anteil am Ueberfluß kapitalistischer Reichtümer erst erkämpfen müssen. Streife und Ausperrungen und Verfolgungen ließen die Arbeiter nie zu ruhigen Genüssen der Erzeugnisse kommen. Und nicht nur das. Der unerträgliche, immer unruhigere Ausbeutungsdruck des Kapitalismus verbanderte Kriege und Verwüstung und löste die Entwicklung menschlicher Kultur. Die Geschichte des Kapitalismus ist mit dem Blut von Völkern, von Kolonialkriegen und von Bürgerkriegen geschrieben.

Der Weltkrieg bildete den grandiosen Höhepunkt. Vier- einhalb Jahre Norden in allen Erdteilen, 10 Millionen Tote, Ungezählte Millionen Verwundete. Und am Ende? Neuer Unfrieden in aller Welt. Ausbeuterische Friedensverträge, insbesondere gegen Deutschland. Unerschöpfliche Kriegsschuldigkeiten. Neue Kämpfe. Vollendete Verwüstung des internationalen Handels- und Finanzwesens. Unerhörte Steuerlasten. Endlose Weltkriege mit Waffenkraft, Massenverwundung, Massenverwundung, Verwüstung bisher gesicherter mittelständischer und bäuerlicher Existenzen, und das vielleicht fürchterlichste aller allgemeinen kapitalistischen Not: keine Arbeit für die Jugend, die so den Glauben an sich selbst und ihre Zukunft verliert.

Was helfen uns nun die Reichtümer des Kapitalismus? Was sind die wunderbaren Reichtümer, wenn sie verrotten und die Hände feiern, die sie bedienen sollten? Was hilft uns die höher denn je entwickelte Landbebauung, wenn der Getreideertrag nicht gekauft werden kann und in manchen Ländern die Getreidefelder zu Millionen Hektar

### Wahltag in Schweden

Die Sozialdemokratie gewinnt 13 Sitze

N. Stockholm, 19. September. (Eigener Funk.) Am Sonntag fanden in Schweden die Neuwahlen zum Reichstag statt. Die Sozialdemokratie hat ihre bisherigen Stimmzahlen in allen Stockholmer Wahlkreisen stark vermindert. Nach den vorläufig vorliegenden Ergebnissen dürfte sie im neuen Parlament 13 Sitze mehr als im alten erhalten; vier davon eroberte sie allein im Wahlkreis Stockholm. Die Konservativen verlieren 14.

Die Sozialdemokratie ist und bleibt weitaus die stärkste Partei und stärkste Fraktion im schwedischen Parlament.